



CDU macht Ministeriums-Angriffe zum Thema im Landtag.

Landesregierung muss ihre Haltung zu Jagd und Jägern klarstellen.

Wie Zeitungen berichten, hat die Landesregierung in vertraulicher Runde Vorschläge unterbreitet, wie die Jagd in NRW künftig uninteressant gemacht werden könnte. Überdies seien im Rahmen einer Besprechung am 16. Januar 2014 im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz abfällige Bemerkungen gegen Jäger von Seiten eines Abteilungsleiters gefallen.

Auf Antrag der CDU wird sich der Umweltausschuss des Landtags auf seiner nächsten Sitzung am 12. Februar 2014 mit diesem aktuellen Vorfall, aber auch mit der grundsätzlichen Einstellung der Landesregierung zur Jagd befassen. Als stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss werde ich mich dafür einsetzen, dass die Landesregierung ihre Haltung schnellstens klarstellen muss. Es darf kein ideologischer Widerspruch zwischen Jagd sowie Tier- und Naturschutz künstlich geschaffen werden. Eine gesunde Umwelt ist elementarer Bestandteil unserer lebens- und liebenswerten Heimat.

Meine Rede im Plenum zum Thema:

Videoüberwachung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie die Gewerkschaft der Polizei fordern aufgrund des rasanten Anstiegs von Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum eine Ausweitung der Videoüberwachung. Dies ist auch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Bundesebene vorgesehen.

Der Landtag beschäftigte sich in der vergangenen Woche mit der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Wir alle kennen die schrecklichen Berichte über rohe Gewalt in Bussen, Zügen und Bahnhöfen, die dazu führen, dass viele, vor allem ältere Menschen, diese aus Angst nicht mehr nutzen. Jeder unbescholtene Bürger ist froh, wenn mit Hilfe von Videokameras Straftaten vermieden oder zumindest geahndet und aufgeklärt werden können. Wir brauchen mehr statt weniger Videoüberwachung im öffentlichen Raum, besonders an Kriminalitätsbrennpunkten, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Video: <http://kurzlink.de/GG140131-01>.

Meine Rede im Plenum zum Thema:

Wir brauchen die Vorratsdatenspeicherung

Der nordrhein-westfälische Landtag sollte nach einem Antrag der PIRATEN-Fraktion feststellen, dass die EU-Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung gegen die Grundrechte der EU verstößt.

Bei der Vorratsdatenspeicherung werden keine Kommunikationsinhalte, sondern nur Verbindungsdaten gespeichert. Also die Information von welchem Anschluss zu welcher Zeit mit welchem anderen Anschluss kommuniziert wurde. Die Speicherung erfolgt auch nicht etwa bei den Sicherheitsbehörden, sondern einzig und allein beim Provider. Und: Die Sicherheitsbehörden sollen nur in eng begrenzten Fällen und auch nur bei richterlicher Anordnung Zugriff auf diese Daten haben. Im Interesse der Opfer von Straftaten und zum Schutz unserer Bürger vor diesen brauchen wir die Vorratsdatenspeicherung dringend und umgehend. Video: <http://kurzlink.de/GG140131-02>.

Am Sonntag ist die Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Brühl.

Liebe Brühlerinnen und Brühler, gehen Sie bitte zur Wahl. Es kommt auf jede Stimme an.